An
Bundeskanzler
Mag. Christian Kern
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Wien, 5.10.2016

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Wir begrüßen die bisherigen Bemühungen der österreichischen Regierung hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten bei wirtschaftlichen Tätigkeiten von Unternehmen. Eine Teilnahme an der Intergovernmental Working Group (IGWG) des UN-Menschenrechtsrates würde die Glaubwürdigkeit auf diesem Gebiet noch verstärken.

Denn die Verstöße gegen Menschenrechte durch manche international agierende Konzerne sind vielfach dokumentiert[1] – und Beleg dafür, dass die bisherigen freiwilligen Maßnahmen zur Regulierung dieser Unternehmen nicht ausreichen. Es ist daher von großer Bedeutung, dass nun im Rahmen der IGWG auf UN-Ebene die Erarbeitung eines rechtsverbindlichen Instrumentes (Treaty on Transnational Corporations and other business) vorangetrieben wird.

Vom 24. bis 28. Oktober findet die zweite Verhandlungsrunde der IGWG zum oben genannten Treaty on Transnational Corporations and other business in Genf statt. Der UN-Menschenrechtsrat fordert Regierungen weltweit zur Beteiligung am Erarbeitungsprozess auf. Auch der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europaparlaments forderte vor kurzem mit großer Mehrheit eine Teilnahme der EU und ihrer Mitgliedsstaaten an den Sitzungen der IGWG ein. Bedauerlicherweise kommt die österreichische Regierung dieser Aufforderung (noch) nicht nach.

Zur von einigen europäischen Staaten und der EU vorgebrachten Argumentation, die gegen eine Teilnahme an der IGWG sprechen würde, möchten wir folgende Punkte anmerken:

- Die IGWG der UN hat die Relevanz der UN Guiding Principles on Business and Human Rights bestätigt. Ein Schlüsselprinzip darin ist die menschenrechtliche Verpflichtung eines Staates, Schutz vor Konzernen zu gewährleisten. Zahlreiche Beispiele aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass freiwillige Maßnahmen hinsichtlich transnationaler Konzerne dies nicht garantieren können. Daher braucht es ein rechtlich bindendes Rahmenwerk.

- Wir unterstützen das Bestreben, in einem internationalen Abkommen das Augenmerk auf transnational agierende Unternehmen zu legen. Schließlich sind unterschiedliche Standards im menschenrechtlichen Kontext durchaus sinnvoll, weil die Sorgfaltspflicht bei Klein- oder Mittelbetrieben anders aussehen muss als bei Großbetrieben oder eben transnational agierenden Unternehmen[2]. Der Schutz von Menschenrechten bei

[1] Siehe unter anderem: http://www.netzwerksozialeverantwortung.at/media/BroschuereNeSoWe_sc.pdf
2 siehe Schreiben mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen an Dr. Gerhard Doujak vom 6. Oktober 2015

wirtschaftlichen Aktivitäten mancher transnational agierender Unternehmen bedarf eines gemeinsamen internationalen Abkommens. Österreich sollte sich daher im Rahmen der Europäischen Union dafür stark machen, eine konstruktive Rolle in diesem Prozess einzunehmen und an dem zweiten Treffen der IGWG teilnehmen.

- Die Arbeit der IGWG sollte vor unangemessenem Einfluss durch Unternehmen geschützt werden. Europäische Staaten sollten transnationale Konzerne nicht in die Verhandlungen zu deren eigenen Regulierung miteinbeziehen, sondern ihre regulatorische Macht unabhängig und zum Schutz der Menschenrechte jener einsetzen, die von den negativen Folgen wirtschaftlicher Aktivitäten betroffen sind.

In diesem Sinne ersuchen wir die österreichische Regierung, sich an der IGWG zu beteiligen und darin proaktiv beizutragen, dass Menschenrechte geschützt werden. Gerne würden wir diese Punkte persönlich mit Ihnen diskutieren und ersuchen um einen zeitnahen Termin.

Mit freundlichen Grüßen,

Brigitte Reisenberger
Geschäftsleitung
FIAN Österreich

Marieta Kaufmann
Geschäftsführung
NeSoVe

Anneliese Vilim
Geschäftsführung
AG Globale Verantwortung

Stefan Grasgruber-Kerl
Bereichsleitung Kampagnen
Südwind Agentur

Jakob Wieser
Geschäftsführung
Dreikönigsaktion

Arbeiterkammer
Wien

Alexandra Strickner
Vorstand
Attac

René Schindler, Peter Schissler
Bundessekretäre
PRO-GE

Dagmar Lassmann
Geschäftsleitung
Brot für die Welt

Kim Aigner
Koordination Saatgutpolitik
Arche Noah

Thomas Wenidoppler
Geschäftsleitung
Finance and Trade Watch

Dietmar Schreiner
Geschäftsführer
Welthaus Graz

Andrea Lichtenecker
Geschäftsführung
Naturfreunde International

Ludwig Rumetshofer
Geschäftsführung
ÖBV - Via Campesina

Claudia Thallmayr
Koordinatorin
WIDE